

Willy-Brandt-Platz

Informationen der SPD-Ratsfraktion Bochum im Dezember 2016

Bochum 2030 als soziale Stadt

Wenn von Strategie-Entwürfen, zeitlichen Horizonten, Wesenskernen und „klaren Zielhierarchien“ die Rede ist, wirkt das schnell etwas abgehoben. Dr. Peter Reinirkens, der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, will das trotzdem nicht einfach als Marketing-Firlefanz abtun.

„Es ist immer gut zu wissen, wohin die Reise gehen soll. Das gilt auch für eine ganze Stadt und funktioniert vor allem dann, wenn die Menschen sich hier auch beteiligen können“, sagt Peter Reinirkens. Bei der Bochum Strategie geschieht das, zum Beispiel mit einer Bürgerkonferenz am Samstag (11. Februar) von 10 bis 15.30 Uhr im RuhrCongress. Die Planungen dafür laufen. 370 Bochumerinnen und Bochumer sollen daran teilnehmen.

„Besonders gut gefällt mir der Satz, wonach die Bochum-Strategie eine Ermöglichungsstrategie sein soll“, sagt Peter Reinirkens und listet auf, worauf es dabei aus seiner Sicht



NAHVERKEHRSPLAN: Welche Bus- und Bahnlinien entfallen, welche kommen hinzu, welche Apps bereitet die Bogestra vor — einige Themen, über die die SPD-Fraktion (rechts im Bild: Vorsitzender Peter Reinirkens) mit Bogestra-Vorstand Gisbert Schlotzhauer sprach. Der Nahverkehrsplan soll im Herbst 2017 beschlossen werden. Mehr über den Entwurf auf der nächsten Seite.

ankommt: Arbeitsplätze ermöglichen. Preiswerte Wohnungen ermöglichen. Kinderbetreuung ermöglichen. Bildung und Ausbildung ermöglichen. Moderne Verwaltung ermöglichen.

„Eine Bochum-Strategie werde vor allem dann Erfolg haben, wenn sie einen starken Akzent auf die soziale Entwicklung unserer Stadt legt“, so Peter Reinirkens.

Gerthe rückt in den Blick

„Gerthe hat viele Möglichkeiten, sich in eine gute Richtung zu entwickeln“, schätzt Ratsmitglied Ernst Steinbach die Ausgangslage im Norden ein. Für neuen Schub soll auch der Antrag von SPD und Grünen „Zukunft des Gerther Zentrums als attraktives und lebendiges Stadtteilzentrum“ sorgen.

Für Ernst Steinbach als Vorsitzenden des Ausschusses für Schule und Bildung steht aber auch dies auf dem Zettel: Die Sanierung des Schulzentrums Nord macht mit fast 15 Mio. Euro aus Mitteln des Landes-Programms „Gute Schule 2020“ einen Sprung vorwärts.

Für Ernst Steinbach als Ratsmitglied aus dem Norden steht zudem dies auf der „Guthaben-Liste“: Die Stadt hat die konkrete Planung für die neue Feuerwache Nordwest jetzt ausgeschrieben. Die Frist läuft bis Mitte Dezember.

Auf der Basis des Koalitions-Antrags aus dem Frühjahr will die Stadt bis



Ernst Steinbach

2019 ein Gesamtkonzept für Gerthe entwickeln, so Ernst Steinbach weiter. Stadt, Wirtschaftsförderung und Bochum Marketing

haben die erste Stufe gestartet: Was soll aus dem ehemaligen Verwaltungsgebäude Lothringen werden? Ende November gab es dazu einen Workshop mit Bürgerinnen und Bürgern vor Ort.

Bogestra-Auftrag für Bus und Bahn läuft 2019 aus

Woher kommt der Bus, wo fährt er hin, und vor allem wann und wie oft? Das sind Fragen, die im Nahverkehrsplan geregelt werden. Und davon gibt es nun einen Entwurf mit dem Bus- und Bahn-Netz für das nächste Jahrzehnt.

„Die Bogestra ist alles in allem sehr erfolgreich. Trotzdem muss das Netz regelmäßig überarbeitet werden. Für die SPD war dabei wichtig, die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen. Das ist in

zwei Versammlungen und online auch geschehen. Jetzt geht der Plan ganz formal auf den Weg“, erklärt Reiner Rogall, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Ende November hat der zuständige Ausschuss die nötigen Beschlüsse gefasst.

In knapp einem Jahr könnte dann der Plan selbst beschlossen werden. „Dabei geht es vor allem um einen besseren Service bei überschaubaren Kosten“, fordert Rogall.

„Als SPD wollen wir aber auch, dass der öffentliche Nahverkehr in Bochum über 2019 hinaus von der Bogestra angeboten wird“, macht Rogall klar. 2019 endet die aktuelle „Betreuung“ der Bogestra mit den ÖPNV-Aufgaben.

Um auch danach, zusammen mit dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr, die Bogestra direkt beauftragen zu können, müssen jetzt die nötigen Vorbereitungen getroffen werden, so Reiner Rogall.



Reiner Rogall ist SPD-Sprecher im Mobilitäts-Ausschuss.

Das Liniennetz für die Zukunft

Rund 25 Mio. Kilometer legen die Busse und Bahnen der Bogestra jedes Jahr zurück. Dabei nehmen sie etwa 145 Mio. Fahrgäste mit. Über 2200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sorgen dafür, dass das auch alles funktioniert. Mehr als 100 junge Menschen bildet die Bogestra aus. Mit dem neuen Nahverkehrsplan wollen Stadt und Bogestra das Liniennetz für die Zukunft festlegen:

Langendreer: Eingeplant wird die Straßenbahn bereits ab 2017; in Langendreer fährt sie bis zum S-Bahn-Haltepunkt: Derzeit geht die Bogestra noch davon aus, dass der Ausbau im vierten Quartal 2017 abgeschlossen werden kann. Die Straßenbahnen werden dann (abwechselnd mit der Linie 310 nach Witten) unterwegs sein. Die Buslinien sollen angepasst werden. Der 370er fährt dann über Kaltehardt. Der 377er wird mittelfristig ab Langendreer-West ins Gewerbegebiet Industriestraße fahren.



Martina Schnell, Vorsitzende des Ausschusses für Infrastruktur und Mobilität. Der Ausschuss hat Ende November das formale Beteiligungsverfahren gestartet.

RRX und Takt 2020: Der Entwurf berücksichtigt ansatzweise auch schon den künftigen Regionalexpress Rhein-Ruhr (RRX). Er wird das Ruhrgebiet besser mit Düsseldorf verbinden, und zwar im 15-Minuten-Takt. Diesen Takt übernehmen grundsätzlich auch die S-Bahnen und die Bogestra. Von einem „stringenten 15-/30-Minuten-Taktraster“ ist die Rede.

EN-Kreis und Herne: Die Bogestra fährt auch im Ennepe-Ruhr-Kreis und in Herne. Der CE31 nach Hattingen zum Beispiel soll künftig alle 15 Minuten fahren (bisher alle 20 Minuten). Über einige Details der Linien 354 und 366/367 in Riemke / Herne-Süd konnte sich die Stadtverwaltung mit Herne noch nicht verständigen. Hier muss das formale Beteiligungsverfahren abgewartet werden.

Der komplette Entwurf auf:
www.bochum.de/oepnv

Vorteile für Fahrgäste und Unternehmen



Fred Marquardt ist Mitglied der SPD im Ausschuss für Beteiligungen und Controlling.

Die Bogestra und die Verkehrsgesellschaft Ennepe Ruhr (VER) wollen stärker zusammenarbeiten und dazu auch eine gemeinsame Tochtergesellschaft gründen. „Bei der Beschaffung und Wartung von Fahrzeugen, beim

Beschwerdemanagement oder beim Personaleinsatz könnten durchaus Vorteile für die Fahrgäste und gleichzeitig für die Finanzen der beiden Verkehrsunternehmen erzielt werden“, hofft Fred Marquardt, Mitglied im Ausschuss für

Beteiligungen und Controlling. „Für die SPD kommt es dabei auf die enge Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Betriebsräte in die Pläne sowie ihre Umsetzung an“, ergänzt Fred Marquardt.

Betriebsbedingte Kündigungen beispielsweise schließe die SPD aus.

Die Stadtverwaltung rechnet mit dauerhaften Einsparungen von einer Viertelmillion Euro pro Jahr. Durch die gemeinsame, ohnehin erforderliche Beschaffung eines Fahrgastinformationssystems könnten einmalig 220.000 Euro eingespart werden.

Die Pläne und Verträge sollen nun im Detail ausgearbeitet werden. 2017 könnte die Kooperation starten.

Schulen: Lahmes Netz

Künftig soll Schluss sein mit den Geduldsproben beim Internetzugang: Die Stadt will alle weiterführenden Schulen in Bochum mit leistungsstarken Netzuzugängen ausstatten. Mindestens fünf Mio. Euro sollen dafür aus Mitteln des Landesprogramms „Gute Schule“ aufgewendet werden. „Wo möglich und sinnvoll kann der Breitband-Ausbau beispielsweise auch gleich für benachbarte Wohngebiete mit durchgeführt werden“, erläutert Deborah Steffens, Mitglied im Ausschuss für Strukturentwicklung.



Deborah Steffens

Sportausschuss für Skatepark

Der seit längerem auch von der SPD geforderte Skatepark könnte nun im Westpark entstehen. Frühere Ideen für einen Skatepark etwa an der Bessemerstraße (Untere Stahlindustrie) hatten sich wieder zerschlagen. Daraufhin setzte der Ausschuss für Sport und Freizeit den Westpark jetzt auf Platz 1 der Liste mit den möglichen Standorten. Dieser Vorschlag hat laut Darstellung der Verwaltung auch den Rückhalt in der Skateszene. Auf Platz 2 steht eine Fläche an der Hiltroper Straße beim VfL-Nachwuchszentrum.



ARBEITSMARKTPOLITIK: Die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit war ein Thema beim Besuch des Bochumer Jobcenter-Geschäftsführers Frank Böttcher (M.) im Vorstand der SPD-Ratsfraktion. Etwa 7000 Menschen sind in Bochum derzeit seit mindestens zwei Jahren ohne Unterbrechung arbeitslos. Für Hilfen zur Rückkehr in den Beruf kann das Jobcenter etwa neun Mio. Euro pro Jahr ausgeben. Rechts im Bild: Peter Reinirkens, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion, und links: Klaus Hemmerling, Mitglied im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Haltestelle „MARK 51°7“

Da hatten Tiefbauamt, Perspektive 2022 und Bogestra ein paar Mal um die Ecke gedacht und heraus kam ein Mix an Vorschlägen zur Benennung der Straßenbahn-Haltestellen im und am Gewerbegebiet MARK 51°7, erneute Umbenennungen in der Zukunft eingeschlossen. Die Bezirksvertretung Ost hielt dagegen und schlug vor, es doch einfach bei der Umbenennung von „Opel-Werk 1“ in „MARK 51°7“ zu belassen. Dem schloss sich im Herbst dann auch der Ausschuss für Infrastruktur und Mobilität an.

Gesamtschule 2018 in Hamme

2018 könnte erstmals eine neue städtische Gesamtschule Kinder einschulen. Zwei Standorte, eine Gesamtschule: Feldsieper Straße und Gahlensche Straße. Ob es dazu kommt, entscheidet der Rat voraussichtlich im März 2017.

Schulen zu schließen ist nicht einfach. Schulen zu gründen aber auch nicht. „Für welche Kinder soll die Schule sein, wie kommen sie dort hin, welche Räume sind vorhanden, was muss neu gebaut werden, wie wirkt sich welche Entscheidung auf die unmittelbare Nachbarschaft aus“, listet Jonathan Ströttchen aus dem Stand auf.

Diese Liste könnte der SPD-Sprecher im Ausschuss für Schule und Bildung verlängern, um den Kosten-Aspekt zum Beispiel. „Die Kosten spielen natürlich eine Rolle. Sie sind aber anders als bei manchen anderen Projekten nicht das

Wichtigste. Hier geht es um Schulfachlichkeit, Raumprogramme, Inklusion und um die Sozialräumlichkeit“, so der SPD-Bildungsexperte Ströttchen.

Unter diesen Gesichtspunkten hat die Stadtverwaltung auch den Standort Lenneplatz in Grumme / Voede, im so genannten Flüsseviertel untersucht. Auch für diesen Standort sprechen gute Gründe. So lässt das Einzugsgebiet eine heterogenere Schülerschaft erwarten, und ein einzelner Standort ist besser als eine Schule mit zwei Standorten.

Entscheidend ist schließlich aus Sicht der SPD-Fraktion,



Jonathan Ströttchen (r.), schulpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, mit Oberbürgermeister Thomas Eiskirch

dass eine Gesamtschule in Hamme bei den meisten „Prüfpunkten“ vorne liegt. Hamme hat zum Beispiel eine größere und jüngere Einwohnerschaft: Viele Schülerinnen und Schüler kämen also aus dem Stadtteil selbst. Hamme bliebe eine weiterführende Schule erhalten, was gut für den Stadtteil wäre. Die Gesamtschule könnte

ihr eigenes starkes Profil entwickeln. Das Umfeld dafür ist auch aus anderen Gründen günstig: Die Stadt entwirft nicht zuletzt auf Initiative der SPD vor Ort und im Rat gerade ein Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept. Wenn Hamme sich also neu erfindet, kann die Gesamtschule schon dabei sein, auch als Impulsgeberin.



INKLUSION: Für einen Inklusionsplan mit besonderer Beachtung der Seniorinnen und Senioren setzt sich die SPD-Ratsfraktion ein. Die SPD hat an einem entsprechenden Antrag für den Rat gearbeitet. Darauf weist Dr. Bastian Hartmann, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, hin. „Für die Umsetzung braucht die Stadt eine Inklusionsbeauftragte beziehungsweise einen -beauftragten“, so Bastian Hartmann.

Unsicherheit bei 40 Prozent

Eine fünfte städtische Gesamtschule: Die Verwaltung schlägt vor, die Gemeinschaftsschule Mitte an den Standorten Feldsieper Straße 94 und Gahlensche Straße 204b in die neue, vierzügige Gesamtschule zu überführen.

Die Grundschule Feldsieper Straße teilt sich heute noch das Gebäude mit der Gemeinschaftsschule. Für rund zwölf Mio. Euro wird die Grundschule in unmittelbarer Nähe (westlich zwischen dem dor-

tigen Bolzplatz und den Parkplätzen) neu gebaut. Die Machbarkeit hat die Verwaltung in einer Studie von einem Architekturbüro prüfen lassen. Demnach könnte dort ein L-förmiges Gebäude mit rund 4000 Quadratmetern Fläche auf drei Etagen entstehen: Platz für drei Klassen pro Jahrgang.

Die Verwaltung hat ausgerechnet, dass die Variante Feldsieper und Gahlensche Straße rund 21 Mio. Euro kosten wird; die

Variante Lenneplatz wäre um ein gutes Drittel teurer.

In diesem frühen Stadium ist die Unsicherheit über die Kosten für beide Varianten noch groß: Sie liegt bei 40 Prozent.

Die Grundschule wird barrierefrei sein. Unter anderem muss dafür ein Aufzug eingebaut werden. So kann die Grundschule auch ihre Aufgabe als Schwerpunktschule für körperliche und motorische Entwicklung erfüllen.

Werne Langendreer Alter Bahnhof

Frühestens im April 2017 öffnen ein oder zwei Stadtteilbüros in Werne und / oder Langendreer-Alter Bahnhof. Das geht aus der Antwort der Stadtverwaltung auf eine SPD-Anfrage im Ausschuss für Strukturentwicklung hervor.

Die Stadt hat das Quartiersmanagement inzwischen ausgeschrieben, die Frist läuft bis Mitte Dezember. Erst danach wird über die Stadtteilbüros entschieden.

Andere Vorbereitungen laufen unterdessen weiter, so etwa für den Einzug der Musikschule in die Kirchscheule sowie für städtebauliche Projekte zur Vorbeugung gegen Kriminalität.

Krachtstraße: Immer noch nicht abgerissen

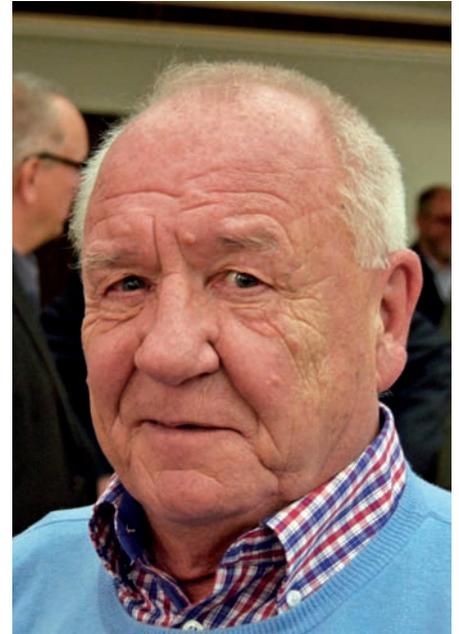
„Ideen für die Krachtstraße gibt es einige, und das auch schon länger. Aber die Notunterkünfte stehen noch und werden jetzt natürlich noch genutzt“, erklärt Ratsmitglied Reiner Kühlborn (Foto r.).

Die Unterkünfte seien aber in einem schlechten baulichen Zustand. Die von der Verwaltung zwischenzeitlich geplante Sanierung für zwei Mio. Euro lehnte die SPD ab, weil sie weiterhin auf einen Abriss und eine neue Nutzung setzt.

Zuversicht gibt Reiner Kühlborn das ISEK, das Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept Werne — Langendreer-Alter Bahnhof (W-LAB). Unter der Überschrift „Handlungsfeld

Bauen & Wohnen“ steht da: „Rückbau des Übergangsheims in der Krachtstraße und sozialer Wohnungsbau zur Deckung der Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum für einkommensschwache Familien oder Flüchtlingsfamilien“.

Reiner Kühlborn ist sich sicher, dass die Werner und Wernerinnen das gut aufnehmen würden. Auch aus der Verwaltung gibt es neuerdings wieder positive Zeichen. In einer Mitteilung an den Planungsausschuss ist davon die Rede, die Notunter-



künfte „in absehbarer Zeit“ aufzugeben und dann abzureißen. Neben öffentlich gefördertem Wohnungsbau sind auch eine Kita oder ein Seniorenheim im Gespräch.

Damit Laer seine Chancen nutzt



Der Stadtteil Laer steht vor starken Veränderungen. Ratsmitglied Stephan Kosel (Foto l.) beschreibt die Stimmung so:

Aus Opel wird MARK 51°7, moderne Forschung, die Jobs in der Produktion der Zukunft werden hier erfunden. Das klingt toll, und das ist es auch. Aber einige Menschen haben bei Opel oder wegen Opel ihre Jobs verloren, ziehen weg, um woanders Arbeit anzunehmen. Andere bleiben hier wohnen, vielleicht arbeitslos bis zur Rente in ein paar Jahren? Laer hat für einige Zeit auch viele Flüchtlinge aufgenommen. Da hat der Zusammenhalt in unserer Gemeinschaft alles in allem gut funktioniert.

Auf der anderen Seite von Laer in Havkenscheid sollen bis nach Altenbochum (Feldmark) neue Wohngebiete entstehen. Das wird die Bewohnerschaft verändern. Wie wird es den Kindern und Jugendlichen gehen? Damit Laer seine Chancen nutzt und die Menschen hier an den Veränderungen mitarbeiten und sie mitbestimmen können, brauchen wir einen guten Plan.

Die Stadt legt jetzt ein hohes Tempo vor, um an Fördermittel für MARK 51°7 zu gelangen. Das ist sehr wichtig. Darüber darf aber die Information und die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger nicht vernachlässigt werden.

Jetzt muss das Integrierte Städtebauliche Konzept ausgearbeitet werden. Die Stadt informiert auf ihrer Homepage: bochum.de/stadterneuerung-laer.

Sozialausschuss stärkt Seniorenbüros

Die Seniorenbüros in den Stadtbezirken Nord (Gerthe) und Süd (Uni-Center Querenburg) können mit Verstärkung rechnen — für je eine halbe Stelle hat sich die SPD im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales eingesetzt, wie die sozialpolitische Sprecherin der SPD Gaby Schäfer erklärt.

„Die Seniorinnen und Senioren fühlen sich von den Angeboten der Büros angesprochen, das kommt alles ganz gut an“, hat auch Gudrun Goldschmidt beobachtet. Sie ist Vorsitzende des Seniorenbeirats und hat schon von daher einen besonderen Blick auf die Büros. Gudrun Goldschmidt selbst bietet dort hin und wieder Sprechstunden an.

Vor der Sommerpause hatte die Verwaltung angekündigt, sie wolle demnächst den „Personalumfang“ der Büros überprüfen. Schon damals hat die Stadt aber auf den Bedarf in Nord und Süd hingewiesen. Die Ifak kümmert sich um das Büro im Uni-Center. Für das Gerther Seniorenbüro ist der Verein Psychosoziale Hilfen zuständig. Die bestehenden halben Stellen der beiden Träger sollen jetzt jeweils auf ganze Stellen aufgestockt werden.

Die Träger sind allerdings nicht allein in den Büros: Mindestens eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung ist dort ebenfalls vor Ort.

Die Seniorenbüros bieten Beratung, Bildung und Unterhaltung an. „Selbst aktiv zu werden steht im Mittelpunkt. Mit Angeboten für Menschen ab 55 Jahren schaffen die Büros auch Perspektiven für den Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand“, betont Gaby Schäfer



Gaby Schäfer ist Sprecherin der SPD im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales.



Gudrun Goldschmidt ist Vorsitzende des Seniorenbeirats.

Frauenhaus: „Schutzlücke“

Die knapp 30 Plätze des Bochumer Frauenhauses sind ständig zu gut zwei Dritteln belegt. Unter den Schutzsuchenden Frauen sind immer wieder auch zum Beispiel Studentinnen ohne Einkommen. Das Sozialamt springt nur kurzfristig ein. Von einer „Schutzlücke“ ist die Rede.

Denn es kommt vor, dass Frauen aus diesem Grund abgewiesen werden. 2014 waren das immerhin 22 Frauen. „Diese Schutzlücke wollte die SPD schließen“, erläutert Ratsmitglied Christina Knappe und weist auf entsprechende Anträge im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie im Haupt- und Finanzausschuss hin.

Das Gesetz sieht in einigen Fällen ausdrücklich keine Sozialhilfe vor, zum Beispiel auch nicht für EU-Bürgerinnen, die hier auf Jobsuche sind. Werden sie Opfer von Gewalt und fliehen ins Frauenhaus, darf die Stadt anders als in den meisten anderen Fällen die Kosten nicht aus der Sozialhilfe tragen. Um solche Kosten pauschal zu decken, zahlt die Stadtverwaltung dem Frauenhaus jetzt 10.000 Euro.



Christina Knappe ist Mitglied im Sozialausschuss.

twitter.com/spdratbo

KONTAKT / IMPRESSUM

SPD-Ratsfraktion Bochum, Willy-Brandt-Platz 2-4, 44777 Bochum, Geschäftsführer: Matthias Schröder
post@spd-ratsfraktion-bochum.de, www.spd-ratsfraktion-bochum.de, 0234.910 18 10 (Telefon)
0234.910 20 84 (Fax), alle Angaben ohne Gewähr.